

Schon zwei Dutzend Auffällige

Kriminalität Die Liste der Stadt Tübingen füllt sich. Flüchtlingshelfer stellen 24 kritische Fragen zur Rechtsgrundlage. OB Boris Palmer: Es geht um Schutz. *Von Gernot Stegert*

Eine „Liste der Auffälligen“ hat Oberbürgermeister Boris Palmer Ende Januar angekündigt. Sie sei bei der Stadt im Aufbau. Flüchtlinge, die mit Gewalt oder anderen kriminellen Aktionen auffallen, sollten registriert und gegebenenfalls in der Unterkunft in der Europastraße unter Aufsicht gestellt werden. Mittlerweile wird dieser Plan umgesetzt.

Schon gleich nach der Veröffentlichung in der SÜDWEST PRESSE und im TAGBLATT regte sich Protest gegen die von Palmer so bezeichnete „Liste der Auffälligen“. Flüchtlingshelfer Andreas Linder sprach sogar von „Sonderlager“ und zweifelte die Rechtsgrundlagen an. Jetzt haben Tübinger Flüchtlingshelfer sich zusammengetan und einen Brief an die Gemeinderatsfraktionen mit 24 sachlichen, konkreten Fragen formuliert.

„Schon die wenigen bekannten Details werfen viele Fragen auf.“

Sprecherrat der Flüchtlingshilfen

Geschrieben hat der Sprecherrat der Flüchtlingshilfen Kreis Tübingen mit Wolfgang Bleicher, Werner Hörzer, Andreas Linder, Monika Petersen und Marc Schaecker. Der Fragenkatalog wird unterstützt vom Bündnis Bleiberecht Tübingen, Asylzentrum Tübingen, Unterstützungsnetzwerk Anschlussunterkunft Europastraße, Katholische GesamtKirchengemeinde Tübingen, Diakonisches Werk Tübingen, move on – menschen.rechte Tübingen.

Die Verfasser bitten den Gemeinderat, zur „Liste der Auffälligen“ bei der Stadtverwaltung nachzuhaken. Sie sei „bisher nicht ausreichend transparent thematisiert“. Und weiter: „Schon die wenigen bisher bekannten Details werfen viele Fragen auf hinsichtlich der Rechte der Betroffenen, der Rolle und Zielsetzung der haupt- und ehrenamtlichen Integrationsarbeit in unserer Stadt, und des Menschenbilds, das die Stadtverwaltung gegenüber in unserer Stadt lebenden Menschen kommuniziert und praktiziert.“ Die Helfer fragen vor allem nach den rechtlichen Grundlagen der Liste (siehe Infobox).

Palmer schrieb daraufhin auf Facebook am Sonntag: „Die Stadtverwaltung Tübingen hat nach Rücksprache mit der Polizei und dem Datenschutz einen Informationsaustausch aufgebaut, der bisher leider nicht Standard ist: Wir verknüpfen die Erkenntnisse von Polizei, Ordnungsamt und Ausländeramt mit der Sozialarbeit.“

Die gestellten Fragen beantwortete der OB nicht. Dafür formulierte er Gegenfragen, um sein Handeln zu begründen – was ihm Zustimmung und harsche Kritik auf seiner Seite eintrug. Palmer schrieb: „Ich hätte auch ein paar Fragen an die Autoren: Haben Sie von dem Fall des Offenburger Arztes gehört, der von einem Asylbewerber getötet wurde? Was kann ich der Witwe sagen, die mit mir in Kontakt steht und nicht verstehen kann, dass zum Schutz ihres Mannes vorhandene Informationen nicht beachtet wurden? Haben Sie von dem Fall des in Dornbirn von einem Asylbewerber getöteten Leiters des Sozialamtes gehört?“ Schließlich: „Können Sie angesichts dieser Gefahrenlage nachvollziehen, dass ich mich verpflichtet fühle, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen?“

Auf TAGBLATT-Nachfrage teilte der OB mit, die Fragen seien den Fraktionen gestellt und der Stadtverwaltung nur zur Kenntnis übersandt worden. „Eine Erfordernis zur Beantwortung ergibt sich daraus nicht.“ Grundsätzlich gelte: „Der Datenaustausch wurde mit der Polizei rechtlich geklärt,

„Natürlich erfüllen wir alle gesetzlichen Anforderungen.“

Boris Palmer, Oberbürgermeister

und natürlich erfüllen wir dabei alle gesetzlichen Anforderungen.“ Welche, ließ Palmer offen.

Die Neuerung sei bereits Praxis: „Der Datenaustausch funktioniert bereits sehr gut, und die Zahl der Einträge steigt schnell an.“ Auf bisher „etwa zwei Dutzend“. Es blieb auch nicht beim Datenaustausch mit der Polizei:

Die Einträge haben schon Folgen gehabt: „Es gab bereits Verlegungen, auch in andere Unterkünfte, zum Beispiel die Obdachlosenunterbringung.“

Der Oberbürgermeister erläutert die Abläufe so: „Alles, was die Polizei uns übermittelt an Erkenntnissen über Straftaten, wird betrachtet. Wenn daraus Schlussfolgerungen auf Gefährdung ableitbar sind, wird dies festgehalten und übermittelt.“ Palmer erklärt: „Der Aspekt der Verlegung ist aber sekundär, die Hauptsache ist der Schutz der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die sprechen mit diesen Personen nur noch zu zweit. Wir haben dafür ein Schutzkonzept entwickelt, und dies wird in der Abteilung sehr befürwortet.“

Sozialarbeit werde nicht ausgeklammert, sondern bleibe Teil der Arbeit mit den Flüchtlingen, hielt der OB seinen Kritikern entgegen. Gerade um den Schutz der Sozialarbeiter gehe es ja. Sie sollten weiter tätig sein können.

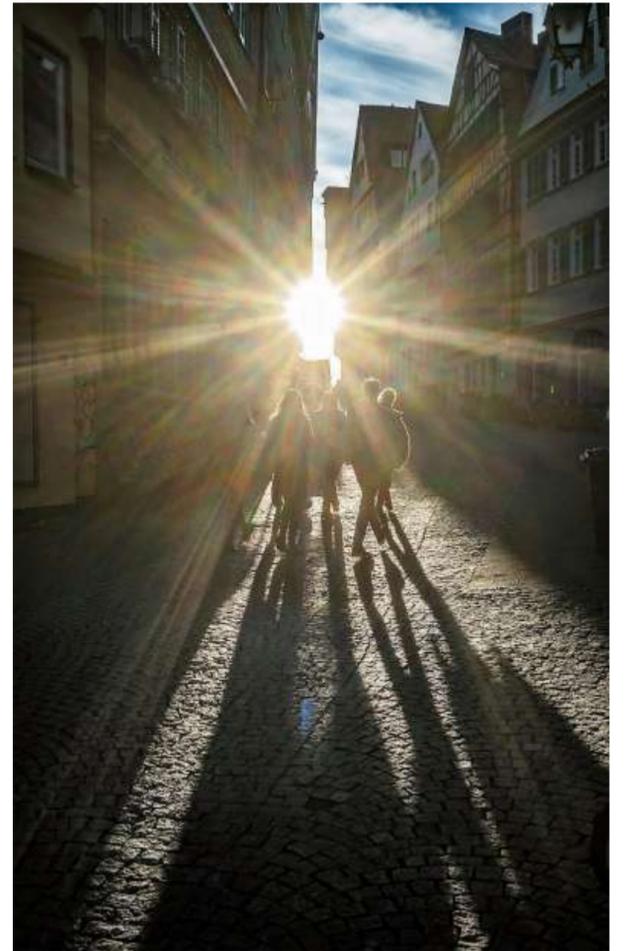
Der Fragenkatalog der Flüchtlingshelfer

Als Checkliste haben die Flüchtlingshelfer einen Katalog mit 24 zum Teil sehr detaillierten Fragen entworfen. Die ersten beiden lauten: „Auf welcher allgemeinen Rechtsgrundlage wird die Liste geführt? Gibt es exakt definierte Kriterien, aufgrund derer ein Betroffener auf dieser Liste eingepflegt und geführt wird?“ Es folgen viele Fragen zum Datenschutz.

Eine zentrale Frage bezieht sich auf die Zuweisung in

die Unterkunft Europastraße: „Soll es sich dabei (ausschließlich) um Personen handeln, die zuvor von einem Gericht wegen einer Straftat verurteilt worden sind? Falls ja: Bei welchen Verurteilungen zu welchen Straftaten kommt eine Verlegung in diese Unterkunft in Frage? Falls Nein: Bei welchen Verdächtigungen oder ggf. polizeilichen Ermittlungserkenntnissen soll auf welcher Rechtsgrundlage in diese Unterkunft zugewiesen werden?“

Dabei hat der Sprecherrat nicht allein die wie auch immer „auffälligen“ Flüchtlinge im Blick: Denn die Briefschreiber fragen, ob die in der Europastraße bisher schon lebenden Flüchtlinge Bescheid wissen und ob die dort engagierten Ehrenamtlichen im Vorfeld informiert worden sind, dass eine Neubelegung mit „irgendwie auffälligen“ Geflüchteten auf Grundlage der Liste und einer Neuausrichtung der Unterkunft als „Sonderunterkunft“ geplant seien.



ABENDSTIMMUNG in der Tübinger Kronenstraße.

Bild: Ulrich Metz

Lilli Zapf und die Tübinger Juden

Tübingen. Begleitend zur Ausstellung „WAHRVERGANGENHEIT“, die Schülerinnen und Schüler des Wildermuth-Gymnasiums derzeit in der Glashalle des Tübinger Landratsamtes, Wilhelm-Keil-Straße 50, zeigen, spricht der Historiker Michael Jaesrich am Donnerstag, 28. Februar, ab 18.30 über „Lilli Zapf und Tübingen“. Jaesrich ist Lehrer am Graf-Eberhard-

Gymnasium Bad Urach. In seinem Vortrag spricht er über Lilli Zapfs Buch „Die Tübinger Juden“, das als Meilenstein der Tübinger Erinnerungskultur gilt. Jaesrich hat dem Werk eine eigenständige Untersuchung gewidmet und befasst sich mit den Beweggründen Zapfs, sich mit den Schicksalen der vertriebenen und ermordeten Tübinger Juden zu beschäftigen.

Weiblichkeit im Islam

Hochschule Kooperationsprojekt der Universitäten Tübingen und Katar soll Forscherinnen vernetzen.

Tübingen. Das Islamzentrum der Universität Tübingen und die Georgetown Universität in Katar haben ein Kooperationsprojekt „Weiblichkeit im Islam“ begonnen. Islamische Theologinnen wollen sich mit Wissenschaftlerinnen weltweit vernetzen und eine theologische Auseinandersetzung anregen. Zudem soll es fester Bestandteil der universitären Lehre werden. Gefördert wird das Projekt „Exploring the Feminine within Islam“ über den DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) aus Mitteln des Auswärtigen Amtes.

Während es Fortschritte in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu „Islam und Gender“ gebe, stecke eine theologische Auseinandersetzung zur „Weiblichkeit im Islam“ noch im Anfangsstadium, so die beteiligten Forscherinnen in einer Mitteilung. „In Anbetracht unserer unruhigen internationalen Welt ist es wichtiger denn je, dass muslimische Frauen nicht nur der Gegenstand laufender Diskussionen im Islam sind“, sagt Projektleiterin Lejla Demiri, Professorin für Islamische Glaubenslehre an der Uni Tübingen. „Vielmehr sollten sie als Theologinnen selbst zu den wichtigen Gesprächen über Gender und Religion beitragen.“

Ein Ziel des Projektes ist es, Forscherinnen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern jährlich zu einer Fachtagung nach Tübingen einzuladen. Von Tübingen und Katar aus soll ein intrareligiöser Dialog zwischen rund 30 Wissenschaftlerinnen der islamischen Theologie und verwandter Studienfächer angeregt werden.

Die Bürde eines Namens

Theater GSS-Schüler befassten sich mit dem Leben der Widerstandskämpferin Sophie Scholl.

Tübingen. Ein fensterloser Raum in der Geschwister-Scholl-Schule (GSS) stellt die Bühne für gleich zwei Sophie Scholls dar. Nina-Mercedés Rühl führte das Ein-Personen-Stück „Name: Sophie Scholl“ von Rike Reiniger gestern Vormittag von vor rund 120 Schülerinnen und Schülern auf. Anlässlich des Todestags der Geschwister Scholl am vergangenen Freitag sollten die Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse mit der Thematik der Zivilcourage konfrontiert werden.

Für 65 Minuten sahen die Teenager die Jurastudentin Sophie Scholl, die vor Gericht als Zeugin zu einem Prüfungsbetrug aussagen soll. Sie steht selbst kurz vor dem eigenen juristischen Staatsexamen

und muss sich zwischen Aussagen und Schweigen entscheiden: Schweigt sie, schützt sie den Betrug und kann sich eines guten Examens und Jobs sicher sein. Sagt sie aus,

„Mein Name erzählt eine andere Geschichte.“

kommt eine unschuldige Sekretärin in Haft und sie selbst verliert womöglich ihre Examenszulassung. „Ich möchte verschwinden hinter der Belanglosigkeit eines Namens, den niemand kennt“, klagt Sophie, die Jurastudentin. Denn inmitten ihres Dilemmas ist da doch

immer noch dieser Name einer Heldin, den sie trägt. Jene Sophie Scholl, die Flugblätter gegen das Hitler-Regime an ihrer Universität verteilt hatte und für den Kampf der Freiheit hingerichtet wurde.

Auf der Bühne wurden beide Sophie Scholls sichtbar – die historische Sophie, die als Freiheitskämpferin, aber auch als verliebtes Mädchen dargestellt wurde, das sich selbst fragt, was es vom Leben eigentlich will. Und die Jurastudentin Sophie, die zunehmend erkennt, wie unklar die Linie zwischen richtig und falsch sein kann.

Die GSS-Schüler/innen zeigten sich beeindruckt von der schauspielerischen Leistung Rühls. Bei der anschließenden Diskussion

ging es um die Frage nach Zivilcourage. Auch die historische Sophie hätte aussagen und die Verantwortung auf ihren Bruder Hans Scholl schieben können. Doch sie schwieg. „Wenn ich schweige, dann sogar besonders laut“, hieß es für die Jurastudentin in ihrem innerlichen Wertekampf.

Ihre Entscheidung blieb am Ende offen, die Jugendlichen waren sich danach jedoch so gut wie einig, dass sie sich für Zivilcourage eingesetzt und ausgesagt hätten. So sei es von der Regisseurin auch vorgesehen, löste Rühl im Nachgespräch auf. In dem Konflikt der heutigen Sophie gehe es vor allem auch um die Suche nach der eigenen Loyalität zu sich selbst. *Anna Flörchinger*



Sophie Scholl (Nina-Mercedés Rühl) hadert mit dem Erbe ihrer Namensvetterin.

Bild: Ulrich Metz

Landstraße wird voll gesperrt

Lustnau / Bebenhausen. Die Landstraße zwischen Lustnau und der Kälberstelle wird in zwei Abschnitten wegen Baumfällarbeiten voll gesperrt. Vom kommenden Montag 4. März, bis Mittwoch, 6. März, ist die Straße zwischen Lustnau und Bebenhausen gesperrt. In dieser Zeit ist Bebenhausen von Tübingen aus über den Rittweg und aus nördlicher Richtung über den Kreisell an der Kälberstelle (B 464 Böblingen/ Waldorfhäslach und L 1208 Bebenhausen/ Dettenhausen) erreichbar. Am Donnerstag und Freitag nächster Woche, 7. und 8. März, wird der zweite Streckenabschnitt zwischen Bebenhausen und dem Kreisell an der Kälberstelle gesperrt. Die Eschen entlang der Straße sind von einem Pilz befallen und sterben ab. Aus Sicherheitsgründen lässt die Stadtverwaltung die erkrankten Bäume fällen.

Linke diskutiert Wahlprogramm

Tübingen. Die kommunale Wählervereinigung Tübinger Linke und der Tübinger Kreisverband der Linkspartei wollen am heutigen Dienstag, 26. Februar, ihr Kommunalwahlprogramm für die Tübinger Gemeinderatswahl und die Kreistagswahl beschließen. Eine im Juli eingesetzte Programmkommission hat nach mehreren Treffen einen Entwurf vorgelegt. Die öffentliche Versammlung beginnt um 19.30 Uhr im Café Pauline des Pauline-Krone-Heims in der Wilhelmstraße 87 in Tübingen. Zuvor wählt die Linke ab 19 Uhr zwei Delegierte für ihren Landesausschuss.